



Prüfsteine des IT-Branchenverbandes SIBB e.V. zur Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18.09.2016

Forderungen der Berliner IT-Wirtschaft an den neuen Senat

In nahezu allen Bereichen können wir aktuell die Reorganisation von bestehenden Wertschöpfungsketten - bis hin zu ihrer Disruption – beobachten. Diese vollzieht sich oft mit einer großen Intensität und hoher Schnelligkeit. Treiber und Schmierstoff dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sind und werden auch zukünftig Informationstechnologien, Daten und darauf basierende, digitale Geschäftsmodelle sein. Vor allem für Berlin als Hauptstadt der digitalen Vordenker in Deutschland und Europa und präferiertes Testfeld digitaler Möglichkeiten muss die politische Seite die Digitalisierung in der Wirtschaft und Gesellschaft aktiv unterstützen, mitgestalten und gemeinsam mit den relevanten Akteuren und Partnern beherzt voranbringen. Nur so können die Entwicklungen zum Wohle der Berlinerinnen und Berliner gestaltet und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes gesichert werden. In Anlehnung an diesen übergeordneten Anspruch gestalten sich unsere Erwartungen an einen neuen Senat.

Fünf Forderungen der Berliner IT-Wirtschaft an den neuen Senat:

- 1. Berlin noch stärker als Hightech-Standort positionieren und ein stringentes Außenwirtschaftskonzept erarbeiten.**

Digitalisierung bietet Berlin die einzigartige Chance, zu anderen wirtschaftsstarke Regionen in Deutschland aufzuschließen. Noch mehr als bisher muss der Senat daran arbeiten, Berlin als Hightech-Standort zu positionieren und dessen Strahlkraft zu erhöhen. Die Strategie, sich auf diverse Technologiefelder und deren Unternehmen zu fokussieren sowie sich auf das Anwerben von nationalen und internationalen Investoren in diesen Bereichen zu konzentrieren, ist der richtige Weg. Gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaftsförderung muss der Senat sein Engagement verstärken und die Effektivität der Aktivitäten weiter erhöhen. Maßnahmen wie die Durchführung von klar auf Technologie ausgerichteten Leistungsschauen und an Technologiefeldern orientierten Wettbewerben (z.B. „DTA DeepTechAward“) sollten weiter ausgebaut werden.

Berliner IT- und Hightech-Unternehmen müssen noch stärker bei ihrer Internationalisierung unterstützt werden. Als Grundlage dafür sollte ein stringentes Außenwirtschaftskonzept aufgesetzt werden. Auch wenn in jüngster Zeit beachtenswerte Erfolge erzielt wurden, in dem Konzerne Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und Ausgründungen in Berlin angesiedelt haben, werden diese Investments den Mangel an Konzernzentralen in der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht vollständig beheben. Umso wichtiger ist eine Stärkung vorhandener Unternehmen mit internationaler Ausrichtung und einer internationalen Geschäftsentwicklung. Solche Unternehmen, die bereits eine gewisse Größe erreicht haben, müssen bei ihrem Wachstum und dessen Finanzierung weiter unterstützt werden. Ziel muss es sein, diese von einem KMU zu einem Unternehmen des gehobenen Mittelstandes einhergehend mit dem Aufbau zusätzlicher mittel- bis hochqualifizierter Arbeitsplätze weiterzuentwickeln.



2. Digitale Agenda für Berlin: verwaltungsübergreifend aufstellen, steuern und umsetzen.

Mit oberster Priorität muss sich der neue Berliner Senat der Digitalisierung, dem Zukunftsthema Nr. 1, widmen und eine echte Digitale Agenda für Berlin entwickeln. Entsprechend dem Charakter der Digitalisierung, die nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche verändert, muss die Digitale Agenda ressortübergreifend angelegt werden und weit über die bereits beschlossenen 10 Punkte hinaus gehen. Politik und Verwaltung müssen die Rolle des Gestalters von Digitalisierung in Berlin einnehmen und die notwendigen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft positiv gestalten. Erster Meilenstein dafür ist, die Potenziale der Digitalisierung für das eigene Handeln zu erschließen. Das geht nur mit einer zentralen Steuerung über Verwaltungsgrenzen hinweg. Alle relevanten Ressorts, Behörden und die verschiedenen Verwaltungsebenen in Berlin müssen effektiv koordiniert an einer gemeinsamen Agenda mitarbeiten. Die kürzlich mit dem Berliner E-Government-Gesetz beschlossene Einsetzung eines IT-Staatssekretärs ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Durchsetzungskraft und Weisungshoheit dieser Funktion über Ressortgrenzen hinweg muss mittel- und langfristig sichergestellt und gegebenenfalls erweitert werden. Gemeinsam mit der dazugehörigen Stabsstelle sollte der IT-Staatssekretär zu einem Chief Digital Officer ernannt werden und zu der Stelle im Berliner Senat weiterentwickelt werden, in der die Fäden der Digitalen Agenda zusammenlaufen und das zentrale Portfoliomanagement gewährleistet wird. Bei der Entwicklung und Umsetzung der Digitalen Agenda für Berlin ist die fachliche Kooperation mit dem Berliner IT-Mittelstand unabdingbar, um Innovativität sicherzustellen, Marktanforderungen zu beachten und technischen Sachverstand einzubeziehen. Der SIBB steht für die Vermittlung zur Verfügung.

3. IT-Kompetenzen in Aus- und Weiterbildung stärken.

Das Voranschreiten der Digitalisierung verlangt nach einem stetigen Ausbau von IT-Kompetenzen. Deren integrierte Vermittlung in den Ausbildungs-, Weiterbildungs-, und Qualifizierungsmaßnahmen in Berlin zu gewährleisten, anzupassen und zu verbessern, ist somit eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Senates in der kommenden Legislaturperiode. Massive Investitionen in die entsprechenden Qualifizierungen des Lehrpersonals an Schulen, Hochschulen und Universitäten müssen nachhaltig angegangen und abgesichert werden. Nur so können die Grundlagen gelegt werden, um in einer zunehmend von der Digitalisierung bestimmten Wirtschaft mit den entsprechenden Kompetenzen ausgerüstet zu sein. Das Verständnis für und der selbstverständliche Umgang mit der zunehmend digitalisierten Arbeitswelt gerade in einer Stadt wie Berlin wird die beruflichen Entwicklungschancen mindestens in einem ähnlichen Maße prägen und beeinflussen wie die jeweils erworbenen spezifischen Fachkompetenzen und die sozialen Kompetenzen eines jeden Einzelnen.



4. **Digitale Infrastrukturen wie 5G und öffentliches WLAN bereitstellen.**

Digitale Infrastrukturen sind Grundvoraussetzung und entscheidender Standortfaktor der Digitalisierung und bestimmen somit den Herzschlag der Digitalmetropole Berlin. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, muss der Senat jetzt die notwendigen Schritte ergreifen und neue Technologien fördern. Dazu gehört zunächst, eine öffentliche WLAN-Versorgung in den Innenstadtbereichen endlich umzusetzen und dauerhaft störungsfrei zu gewährleisten. Mit Blick in die Zukunft sollte sich Berlin als Vorreiter beim Ausrollen der 5G-Technik positionieren, mit der aus heutiger Sicht Datenraten von bis zu 1 Gigabit pro Sekunde erreicht werden können.

5. **Clusterzuschnitt IT an den wirtschaftlichen Realitäten ausrichten.**

Seit 2011 verfolgen Berlin und Brandenburg mit der Innovationsstrategie innoBB gemeinsam eine Politik, die auf den Auf- und Ausbau von fünf Clustern ausgerichtet ist. Während die Cluster Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr-Mobilität-Logistik und Optik entlang von Wertschöpfungsketten klar strukturiert sind, spiegelt der Zuschnitt des Clusters „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“ die wirtschaftliche Realität nicht mehr adäquat ab. Innerhalb des Clusters werden ganz unterschiedliche Branchen von der Informations- und Kommunikationstechnologie weiter über zum Beispiel Darstellende Künste, Verlage, Film, TV, Radio bis hin zu Architektur, Design, Mode und Werbung zusammengefasst, die insgesamt gesehen nur sehr bedingt über gemeinsame Wertschöpfungsketten miteinander in Verbindung stehen. Die Heterogenität der einzelnen Teilsegmente und die Vielfalt der Interessenlagen und der diversen Interessengruppen sind deutlich zu groß. Die ergriffenen Maßnahmen von Politik, Verwaltung und Wirtschaftsförderung können so nicht zu der erhofften und gewünschten Identifikation der im Cluster angesiedelten Unternehmen und Organisationen mit dem gebildeten Cluster selbst führen. Die eingesetzten Mittel erreichen so nicht die erreichbaren positiven Wirkungen für den Standort, die bei einer klareren Konzentration möglich würden.

Der neue Senat sollte seine Innovationspolitik an den wirtschaftlichen Realitäten und Zukunftschancen ausrichten und seine Clusterpolitik überarbeiten. Die Bedeutung der Berliner IT-Wirtschaft als wichtige Querschnittsbranche muss sich darin widerspiegeln.

Vorstand SIBB e.V.
Berlin, Juni 2016